

**Gegenstand: Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie - Verabschiedung der Lärmaktionsplanung Speyer**  
**Vorlage: 0726/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende fasst kurz zusammen, dass der Ausschuss über die aktualisierten Lärmkarten in der Sitzung am 05. Juni 2008 informiert wurde und die Vorstellung des ersten Entwurfes des Lärmaktionsplanes in der Sitzung am 18. September 2008 erfolgte. Daran schloss sich die öffentliche Auslegung und Vorstellung des Entwurfs sowie der Lärmkarten in der Bürgerversammlung am 20.11.2008 an.

Die während der Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung von den Bürgern, der Bürgerinitiative B 9 / B 39 / A 61, Parteien und den Trägern der öffentlichen Belange vorgebrachten Eingaben wurden soweit möglich in den nun vorliegenden Entwurf eingearbeitet.

Der Vorsitzende geht kurz auf die Auffassung der Bürgerinitiative ein und stellt abschließend klar, dass die Forderungen der Bürgerinitiative prinzipiell den Zielen entsprechen, die im Entwurf des Lärmaktionsplanes genannt sind.

Der Entwurf steht letztmals in dieser Sitzung zur Diskussion und soll schließlich in der Sitzung des Stadtrates am 12. März endgültig verabschiedet werden.

Herr Baum meldet sich zu Wort und bittet um Ergänzung der Beschlussempfehlung dahingehend, dass für die B 9 ab dem Kreuz mit der A 61 bis zur Abfahrt zur B 39 eine Tempobegrenzung auf 70 km/h gefordert wird, die mit geeigneten Maßnahmen, beispielsweise stationären Blitzgeräten, kontrolliert wird.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Forderung von Herrn Baum dahingehend aufzunehmen, dass in dem Begleitschreiben an das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, an das der Lärmaktionsplan nach seiner Verabschiedung gesandt wird, diese Forderung explizit betont wird.

Herr Zehfuß bemerkt, dass diese Forderung bereits Bestandteil des vorliegenden Entwurfs sei.

Herr Weinmann ergänzt, dass zudem die rasche Umsetzung der Geschwindigkeitsreduzierung gefordert werden solle.

Herr Scheid pflichtet dem bei und sagt dem Ausschuss zu, im Begleitschreiben an das Ministerium darauf hinzuweisen, dass die Geschwindigkeitsreduzierung auf der B 9 mit entsprechenden Kontrollen vorrangig umgesetzt wird.

Der Ausschuss beschließt den Lärmaktionsplan einstimmig.

**Beschluss:**

1. Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat nach eingehender Beratung, die Lärmaktionsplanung Speyer zu verabschieden.
2. Der Lärmaktionsplan ist von der Verwaltung dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz vorzulegen, mit der Bitte, sich im Interesse der Gesundheit der Speyerer Bürger beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bzw. beim Ministerium des Innern und für Sport für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h für alle Fahrzeuge auf der Bundesstraße 9 zwischen dem Kreuz A 61 / B 9 und der Abfahrt zur B 39 bei gleichzeitiger Tempoüberwachung einzusetzen. Diese Maßnahme zur Lärminderung steht in einem günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis und kann kurzfristig umgesetzt werden.

- II. In Abdruck an FB 5, Abt. 520 - zur Kenntnis
- III. In Abdruck an FB 5, Abt. 540 - zur Kenntnis
- IV. In Abdruck an Abt. 220 zur Kenntnis
- V. z.d.A.

**Speyer, den 19.03.20099**  
**Stadtverwaltung**  
**In Vertretung**

**Frank Scheid**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Feinstaubbelastungsepisoden 2008 / 2009**

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über den Umstand, dass es im Jahr 2008 insgesamt an 8 Tagen zu Überschreitungen des Wertes von 50 µg/m<sup>3</sup> zum Schutz der menschlichen Gesundheit gekommen war.

In diesem Jahr gab es bisher 15 Tage mit Überschreitungen des Grenzwertes.

Diese Situation sei kein Speyerer Phänomen, auch in anderen deutschen Städten wurden dieses Jahr häufig hohe Feinstaubwerte gemessen.

Frau Kruska erläutert, dass die großräumige Wetterlage im Januar dazu beigetragen hätte, dass die Stäube am Entstehungsort verharren und nicht abfließen können.

Auch an einer sog. Reinluft-Messstation im Pfälzer Wald sei bereits ein Überschreitungstag festgestellt worden.

Die großräumige hohe Feinstaub-Konzentration zeige auch, dass die Einflussnahme auf die Feinstaubhöhe begrenzt sei.

Die rheinland-pfälzische Umweltministerin äußerte, dass dennoch die Feinstaubbelastung leicht zurückgegangen wäre. Dies gehe zurück auf die Tatsache, dass immer mehr Fahrzeuge mit Partikelfilter ausgestattet seien und im industriellen Bereich werde im Rahmen von bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungen mehr Augenmerk gerichtet auf die Staubemissionen. Es bestehe die Hoffnung, dass mittelfristig eine Reduzierung der Feinstaubbelastung erreicht werden kann.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es auch in den Städten zu häufigen Grenzwertüberschreitungen kam, die Umweltzonen ausgewiesen haben.

Denn nicht nur die Verbrennungsmotoren der Fahrzeuge verursachten Feinstaub, sondern auch in immer größerem Umfang der Hausbrand durch die zunehmende Zahl der Feststoffbrennöfen.

Herr Höwel erkundigt sich, ob es Zahlen gebe, inwieweit der Mautfluchtverkehr auf der B 9 an der Feinstaubbelastung in Speyer beteiligt ist.

Frau Kruska erklärt, dass es hier keinen direkten Zusammenhang gebe. Es wurde festgestellt, dass der Mautfluchtverkehr nur vorläufig ein erhöhtes Schwerverkehr-Aufkommen auf der B 9 verursacht hat. Seit der Einführung des Nachtfahrverbotes habe dieser Trend jedoch abgenommen. Es gebe keine Verbindung zur Feinstaubbelastung in Speyer.

Die Hauptursachen für die Feinstaubwerte seien der Innenstadtverkehr und der Hausbrand wegen dem hohen Anteil von Feststoffbrennöfen. Hintergrund ist die geographische Lage der Stadt im Rheintal, wodurch starke Windhemmnisse vorhanden sind und zusätzlich die dichte Bebauung im Stadtgebiet, wo die Windbewegung nicht gegeben ist.

Herr Scheid fügt hinzu, dass das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) auf Drängen der Bürgerinitiative B 9 / B 39 / A 61 und im Auftrag des Umweltministeriums seit August im Garten eines Wohngrundstücks an der B 9 eine 6monatige Messung von Luftschadstoffen durchführt. Nach Ablauf der Hälfte des Messzeitraumes ergaben sich dort in Bezug auf Feinstaub nahezu identische Ergebnisse wie an der Messstation am St.-Guido-Stifts-Platz. Die von der Bürgerinitiative befürchteten höheren Werte an der B 9 konnten bislang nicht bestätigt werden.

Über das Ergebnis dieser Messung wird der Ausschuss in der nächsten Sitzung informiert.

**Speyer, den 23.02.2009**

**Stadtverwaltung**

**In Vertretung**

**Frank Scheid  
Beigeordneter**

21. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Speyer am 12.02.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Verschiedenes**

Weder von Seiten der Verwaltung noch von den Ausschussmitgliedern wurden Themen vorgebracht.

**Speyer, den 23.02.2009**

**Stadtverwaltung**

**In Vertretung**

**Frank Scheid**  
**Beigeordneter**

21. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Speyer am 12.02.2009



21. Sitzung des Umweltausschusses 12.02.2009 **Frank Scheid**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!